



AUF DER RHEINBRÜCKE zwischen Wörth und Karlsruhe ärgert die Pendler oft Stau. Den gibt es anderswo auch. Doch was, wenn die einzige Straßenbrücke weit und breit ausfällt? Der Streit um eine zweite Brücke tobt seit Jahren. Ein rasches Ende ist nicht in Sicht. Foto: Deck

Nadelöhr für eine ganze Region

Das Tauziehen um die Karlsruher Rheinbrücke geht auch im Jahr 2016 weiter

Von unserem Mitarbeiter
Sönke Möhl

Karlsruhe. Sie altert, ist nicht mehr ganz fit und doch ein echtes Arbeitstier. Die 1966 gebaute Rheinbrücke Maxau zwischen Karlsruhe und Wörth trägt jeden Tag rund 80 000 Fahrzeuge und damit die Verkehrslast einer ganzen Region. Sollte sie plötzlich ihren Dienst quittieren, was dann? Ein Horrorszenario für die Wirtschaft, wie der Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Karlsruhe, Wolfgang Grenke, unterstrich. Eine von den Kammern in Karlsruhe und der Pfalz (Ludwigshafen) in Auftrag gegebene Studie zeigt für diesen Fall lange Umwege und eine Überlastung der Rheinübergänge in Gernersheim und Iffezheim.

„Besonders das Nadelöhr Südtangente wäre von Staus betroffen und auch die Erreichbarkeit des Baden-Airparks wäre beeinträchtigt – mit weitreichenden Folgen“, sagt Grenke. Eine Lösung muss her. Das fordern der Bund, die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Landkreise und Städte, Ini-

tiativen und die Wirtschaft seit Jahren. Das entscheidende Problem: Nicht alle ziehen am selben Ende des Seils. Der beinahe tägliche Stau in Richtung Karlsruhe entsteht an der Verengung von drei auf zwei Fahrspuren direkt hinter der Brücke. Ein Ausbau der anschließenden Südtangente, die zur A 5 (Frankfurt–Basel) führt, ist nicht möglich. Karlsruhes Oberbürgermeister Frank Mentrup (SPD) ist auch deswegen gegen eine zweite Brücke, weil sie das Verkehrsproblem in das überlastete Straßennetz der Stadt verlagern würde. Denn eine echte nördliche Umfahrung der Stadt gibt es nicht.

Das Bundesverkehrsministerium hat die beiden Länder gerade aufgefordert, eine direkte Anbindung, der mehr als 100 Millionen Euro teuren zweiten Brücke an die B 36 zu planen, die von Norden her parallel zum Rhein nach Karlsruhe hineinführt. „Damit wird es auch 2016 keinen Planfeststellungsbeschluss geben können“, sagt Mentrup. Die ur-

sprünglichen Pläne waren bereits 2011 ausgelegt worden. Lob für die Überplanung kommt von der IHK: „Die Verantwortlichen sollten konstruktiv am abzuändernden Plan mitwirken, damit das latente Risiko eines Ausfalls möglichst bald beseitigt werden kann“, fordert Grenke. Mentrup favorisiert eine neue Brücke am alten Standort, die aus zwei unabhängigen Hälften mit je drei Fahrspuren und Standspur besteht und weiß damit die politische Mehrheit in der Stadt hinter sich. Die Variante

könnte während des laufenden Verkehrs gebaut werden, ist er überzeugt. Der Bund will die zweite Brücke nördlich der bestehenden. „Solange der Bund diese Strategie verfolgt, wird man über andere Lösungen nicht reden können.“

In jedem Falle muss die alte Brücke saniert werden. Die mehrere Millionen Euro teuren Arbeiten sollen nicht vor 2018 beginnen und etwa neun Monate dauern. Dazu ist es nach Angaben des Regierungspräsidiums Karlsruhe nötig,

die Brücke an 15 Wochenenden komplett zu sperren. Es wird ein harter Spezialbeton aufgebracht, der die Konstruktion versteifen soll. Aktuell dürfen Lastwagen jeweils nur auf der rechten Spur mit höchstens 60 Stundenkilometern fahren. Standstreifen gibt es nicht.

Das baden-württembergische Verkehrsministerium geht davon aus, dass die Brücke nach der Sanierung weitere 40 bis 50 Jahre genutzt werden kann. Der Bundesrechnungshof hatte im vergangenen April mitgeteilt, er halte eine weitere Brücke weder für wirtschaftlich noch für nötig. Die bestehende Brücke sei in der Lage, den erwarteten Verkehrszuwachs der nächsten Jahre zu verkraften. Zu den Gegnern einer weiteren Brücke zählen auch Umweltverbände. Der BUND bemängelt Beeinträchtigungen für den Purpureiher, der am Wörther Altrhein seinen Hauptbrutbestand in Rheinland-Pfalz hat. Der Initiator der Bürgerinitiative für den Bau der zweiten Brücke, Steffen Weiß, befürchtet, dass der Bau in immer weitere Ferne rückt. Er rechnet damit, dass Klagen das Verfahren weiter verzögern.

Sanierung beginnt nicht vor dem Jahr 2018

Wenn plötzlich die Küche brennt

Live-Sendungen sind Risiken ausgesetzt: „ARD-Buffer“ rüstet für den „Havariefall“

Von unserem Mitarbeiter
Jürgen Ruf

Baden-Baden. Fatma Mittler-Solak steht im Fernsehstudio und moderiert. „Herzlich willkommen, liebe Zuschauer“, sagt sie in die Kamera. Wenn alles gut läuft, wird diese Sendung nie ausgestrahlt. Es ist eine Ausgabe der Mittags-Sendung „ARD-Buffer“. Auf den Bildschirm kommt sie nur im „Havariefall“. Mit solchen Notproduktionen rüsten sich Sender für den Fall, dass live plötzlich nichts mehr geht – wenn es zu Ausfällen oder gar Angriffen kommt. Denn das Risiko bei Live-Sendungen im Fernsehen ist groß.

„Ich moderiere diese Ausgabe wie jede andere Sendung auch“, sagt Mittler-Solak. Die 38-Jährige ist seit sechs Jahren eine der vier Moderatoren von „ARD-



BEIM LIVE-KOCHEN – hier eine Szene mit Moderatorin Fatma Mittler-Solak und Koch Sören Anders – ging erst kürzlich der Brandmelder los. Foto: Keller

„Mit Testbild gibt sich keiner mehr zufrieden“

Buffer“. Die Sendung läuft jeden Werktag von 12.15 bis 13 Uhr im Ersten. Sie kommt live aus Baden-Baden, aus den Studios des Südwestrundfunks (SWR). Die Ausgabe für den „Havariefall“ geht nicht auf den Bildschirm. Sie bleibt in der Schublade. Und wird erst gestartet, wenn die Live-Sendung plötzlich nicht mehr möglich ist. „Wir produzieren für den Notfall“, sagt der Redaktionsleiter der ARD-Sendung, Claus Kober. Denn kommt es unerwartet zu einem Sendeausfall, soll dies am Bildschirm möglichst niemand mitbekommen. „Mit dem Testbild, mit dem Generationen groß geworden sind, gibt sich heute kein Fernsehzuschauer mehr zufrieden.“

Die Sender müssten drauf reagieren. Sonst würden die Zuschauer am Bildschirm einfach umschalten. Kober und seine Kollegen sprechen aus Erfahrung. Beim Live-Kochen, tragender Programmstück von „ARD-Buffer“, ging neulich der Brandmelder los. Das Studio musste geräumt, die Sendung abgebrochen werden. Für Unruhe sorg-

ten auch reihenweise Stromausfälle in der Region. Im Studio mit seinen mehr als 90 Scheinwerfern und der vielen Technik geht ohne Energie nichts. Gefahr droht Studiosendungen ebenso wie Außenübertragungen. Es kommt vor, dass Technik versagt oder jemand vor der Kamera Probleme bekommt: Wie vor einem Jahr, als die Sprecherin der Schweizer „Tageschau“ während der Sendung ohnmächtig wurde. Auch die Gefahr von Hacker- oder anderen Angriffen ist gegeben, sagt Kober. Und bei einer TV-Debatte zur Oberbürgermeisterwahl 1996 in Stuttgart durchtrennte ein Mann mit einer Axt die

Stromkabel der Übertragungswagen und brach so die Live-Sendung ab.

„Der Zuschauer soll nicht merken, dass etwas außer Plan läuft“, sagt „ARD-Buffer“-Aufnahmeleiter Patrick Lammer. Die winterliche Dekoration flog raus. Und auch die Moderatorin passt auf. Aktuelle Bezüge sind tabu. „Mit einer Havariesendung in dieser Größenordnung und mit diesem Aufwand sind wir in der ARD einzigartig“, sagt Redaktionschef Kober. Im Notfall werde schnell und einfach per Knopfdruck umgeschaltet, die Sendung ist komplett fertig. Für die Ewigkeit ist sie nicht.

Drei Fragen

Landeschülerkongress

Heute startet in Karlsruhe der Landeschülerkongress. Johanna Lohrer (18), Vorsitzende des Landeschülerbeirats, hat die Veranstaltung mitorganisiert.



Austausch ohne Distanz

Der Landeschülerkongress zielt auf eine bessere politische Bildung von Schülern: Worum geht es in den kommenden zwei Tagen?

Lohrer: Es geht um Austausch und Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern, die sich schon während der Schulzeit für Bildungspolitik interessieren oder allgemein engagieren. In Workshops geht es um Weiterbildung, in Podiumsdiskussionen mit bildungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen und dem Kultusminister können die Schüler ihre Fragen direkt stellen, ohne Distanz und ohne, dass jemand ausweichen kann.

Welche Themen stehen im Fokus?

Lohrer: Von Bedeutung wird sicherlich das Thema Medienbildung im Zusammenhang mit dem neuen Bildungsplan sein und auch die Frage, wie man als Schüler zur Integration von Flüchtlingen in der Schule beitragen kann. Wichtig ist mir auch immer Demokratieerziehung: Welche Verantwortung habe ich als junger Mensch? Was sind meine Rechte?

Wen wollen Sie erreichen?

Lohrer: 240 Schüler haben sich angemeldet. Ein Großteil davon ist bereits an seiner Schule engagiert, andere erreichen wir nur schwer. Für die Teilnehmer soll die Veranstaltung ein erneuter Motivationsschub sein. Das trägt vielleicht dazu bei, Mitschüler zum Nachdenken zu bringen: Wie kann ich meine Schule mitzugestalten? aw/Foto: Frei

TGV-Schnellstrecke geht Juli in Betrieb

Paris (dpa). Nach dem schweren Zugunglück im Elsass verzögert sich der Start der Schnellstrecke Straßburg–Paris um drei Monate. Züge können die Route vom 3. Juli an nutzen, wie ein Sprecher des französischen Netzbetreibers SNCF Réseau bestätigte. Bei einer Testfahrt war im

November ein TGV nördlich von Straßburg entgleist, elf Menschen starben.

Weil das Unfallgleis auf Anweisung der Justiz noch nicht genutzt werden darf, verkehren die Züge anfangs nur auf einem Gleis, wie SNCF-Netzchef Jacques Rapoport erläutert hatte. Der Zeitgewinn werde daher anfangs geringer sein, als die geplanten 30 Minuten. Fahrpläne sollen Anfang April bekanntgegeben werden.

Forum befasst sich mit „Führerprinzip“

Generallandesarchiv Karlsruhe ist Partner des Projekts

Welche Rolle spielten die südwestdeutschen Landesverwaltungen im Dritten Reich? Inwieweit drang nationalsozialistisches Gedankengut in die Verwaltung ein? Mit diesen Fragen befasst sich das Forschungsvorhaben „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus“. Das Forum Landesgeschichte im Generallandesarchiv Karlsruhe präsentiert heute Ergebnisse zu „Führerprinzip“ und Verwaltung. Baden und Elsass im „Dritten Reich“.

„Das NS-Herrschaft in Baden milder war als in anderen Teilen Deutschlands, hat sich in unserer Forschungsarbeit bis jetzt nicht bestätigt“, erklärt der Koordinator des Projekts, Frank Engehausen von der Universität Heidelberg. Vielmehr sei die badische Verwaltung anfangs in manchen Punkten sogar gegenüber Berlin vorgeprescht: bei der Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Dienst, der Einführung von Rassenkunde in Schulen oder der Etablierung des sogenannten Führerprinzips an Universitäten. Später seien die Landesministerien stärker von den Reichsministerien abhängig gewesen. Das Generallandesarchiv Karls-

ruhe ist Partner in dem Projekt. Mit der Universität Heidelberg und der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein richtet es das Forum Landesgeschichte aus, das heute fünf Vorträge umfasst.

Ein weiterer Aspekt des von der Baden-Württemberg Stiftung finanzierten Projekts betrifft das Elsass: Dort waren die badischen Landesministerien von 1940 bis 1944 an der deutschen Zivilverwaltung beteiligt. Aktuelle Forschungsarbeiten dazu stellt im März die Tagung „Deutsch-Französische Besatzungsbeziehungen im 20. Jahrhundert“ vor. Sybille Orgeldinger

Service

Das Forum „Führerprinzip“ und Verwaltung. Baden und Elsass im „Dritten Reich“ beginnt heute um 16 Uhr im Generallandesarchiv Karlsruhe. Eine Führung durch die Ausstellung „Was damals Recht war... Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ beginnt um 15 Uhr. Die Tagung „Deutsch-Französische Besatzungsbeziehungen im 20. Jahrhundert“ richtet das Generallandesarchiv am Donnerstag, 17. März, ab 10 Uhr aus. Anmeldung unter glkarlsruhe@la-bw.de.

Fünf Vorträge zu Baden im Dritten Reich